

„Der will Deutschland ins Mark treffen“. Die Wehrmachtsausstellung im Kontext der deutschen Erinnerungsdebatten.

Ulrich Herbert

Vortrag Hamburg, 23. 10. 2021

Bis in die späten 1970er Jahre hinein waren die großen Fragen der jüngsten deutschen Geschichte in der Bundesrepublik noch als Gegenwart empfunden worden. Das galt für die ungelöste nationale Frage ebenso wie für die nationalsozialistische Diktatur. Zum einen hatte die deutsche Teilung den Status des Gewohnten noch nicht erreicht. Die faktische Anerkennung der DDR war noch zu frisch, die Nachwirkungen der erbitterten Debatten um die Ostverträge noch zu sehr spürbar, als dass die Gegenwart der Bundesrepublik und die der DDR schon als historisch verfestigt hätten angesehen werden können.

Zum anderen hatte etwa die Hälfte der in den siebziger Jahren lebenden Westdeutschen das NS-Regime als Erwachsene oder Jugendliche noch selbst erlebt, und auch ein erheblicher Teil der großen und kleinen NS-Täter lebte noch, sodass die nationalsozialistische Vorgeschichte der Gegenwart eine zwar verheimlichte, aber doch noch spürbare Aktualität besaß. Die obere und mittlere Führung der SS beispielsweise hatte im Durchschnitt den Jahrgängen zwischen 1900 und 1910 angehört, wurde also, wenn sie Krieg und Nachkrieg überlebt hatte, zwischen 1965 und 1975 pensioniert; der Oberleutnant des Jahrgangs 1920, bei Kriegsende 25 Jahre alt, erreichte den Ruhestand erst 1985. Das verweist darauf, wie jung die NS-Bewegung einst gewesen war, aber es erklärt auch, warum die Geschichte des NS-Regimes in diesen Jahren so lange ohne Orte und ohne Namen gelehrt und gelernt wurde. Das begann sich seit Ende der 1970er Jahre zu verändern. Wie immer war auch hier die sich vollziehende Verwandlung der zuvor noch als Gegenwart empfundenen Zeit in „Geschichte“ kein abrupter Prozess. Sie vollzog sich aber doch relativ schnell, und dies ist vermutlich der wichtigste Grund dafür, dass die achtziger und auch die neunziger Jahre in so hohem Maße von öffentlichen Debatten über Geschichte, über Zeitgeschichte und den Nationalsozialismus vor allem, bestimmt waren.

Der *wissenschaftliche* Impuls zum Wandel des geschichtlichen Zeitempfindens kam aber nicht aus der Politikgeschichte, sondern aus der Sozialgeschichte. Die Veränderung in der Wahrnehmung der klassischen Industriegesellschaft hatte sich

schon in den siebziger Jahren angedeutet, als mit dem Niedergang der alten Industriestrukturen das verstärkte historische Interesse an ihnen einsetzte. Die Arbeiterschaft, von der Linken jahrzehntlang vor allem als revolutionäres Subjekt zukünftiger Veränderung wahrgenommen, wurde nun zum Objekt der Historisierung. Arbeiterwohnungen, Arbeiterkneipen, die Arbeitsbedingungen im Werk oder unter Tage, kurz: der Alltag der Industriearbeiter und ihrer Familien standen jetzt im Mittelpunkt des Interesses, und allmählich erwuchs daraus eine regelrechte Geschichtsbewegung.

Nicht selten zu ihrer Überraschung entdeckten die Alltagshistoriker und -historikerinnen bei der Erforschung der Lebensweisen der „kleinen Leute“ jedoch Widersprüche und Ungereimtheiten, die sich mit der klassischen Arbeitergeschichte nicht in Einklang bringen ließen und halfen, sich aus den Parametern der Schichten- und Klassenarithmetik der historischen Sozialwissenschaft ebenso zu befreien wie aus den Heroismen der sozialistischen Arbeitergeschichte.

Jedoch war der Trend zur Alltagsgeschichte nichts spezifisch Deutsches. Ähnliche Bewegungen gab es in Italien oder Großbritannien ebenso wie in den USA oder Skandinavien. Die Orientierung an Region, Nachbarschaft, Alltag und Individuum war hier wie dort als kulturelle Reaktion sowohl auf die Rationalisierungs- und Modernisierungsschübe der vergangenen Jahrzehnte zu erkennen als auch auf das offenbare Scheitern der „großen Erzählungen“, insbesondere der marxistischen.

Und doch unterschied sich dieser Trend zur Alltags-, heute würde man eher sagen, zur Kulturgeschichte in der Bundesrepublik von den parallelen Entwicklungen in anderen Ländern. Denn in ihren Interview- und Stadtteilprojekten entdeckten die AlltagshistorikerInnen weder das Leben solidarischer Klassenkämpfer noch die Idylle unentfremdeter proletarischer Gemeinschaft, sondern vor allem Geschichten über Krieg und Bombennächte, über Fronterfahrungen, HJ-Dienst und Nachkriegshunger, in denen weder eine Idylle noch klare Opfer-Täter-Relationen zu erkennen waren. Man entdeckte, dass der eigene Stadtteil, die Nachbarin, der Vater oder Großonkel eine NS-Vergangenheit besaßen, die, wie immer sie auch aussah, bis dahin meist sorgfältig verschwiegen worden war, die sich aber auch nicht einfügte in die Dichotomien von „Verfolgung und Widerstand“, wie die meisten Ausstellungen über die NS-Zeit in den siebziger Jahren betitelt worden waren.

Im Gefolge dieser Entwicklungen kamen nun andere Themen und Fragen auf, die bald von einer größer werdenden Öffentlichkeit diskutiert wurden: Fragen nach dem Verbleib der Juden aus der eigenen Stadt, nach dem Umgang mit den

„Fremdarbeitern“ auf den Bauernhöfen und in den Kohlezechen, nach den Erlebnissen der Männer während des Krieges in Ost- und Westeuropa, den Erfahrungen der Frauen an der „Heimatfront“. Es war nun offenbar genug Zeit vergangen, um auch die schwierigen Fragen an die „eigene Geschichte“ zu stellen. Auch war der direkte Einfluss jener einstigen NS-Anhänger nun zunehmend, wenngleich nicht vollständig, gebrochen, die eine auch personalisierende Auseinandersetzung mit der NS-Zeit vielfach verhindert hatten, sei es an den Schulen, Universitäten und Archiven oder in den Redaktionen und Gerichten.

So verband sich der europäische Trend zur Historisierung der Industriegesellschaft in der Bundesrepublik auf eigentümliche Weise mit der Historisierung des Nationalsozialismus, die allerdings zugleich auch eine Rekonkretisierung bedeutete - weg von den exaltierten Debatten über Faschismusanalyse und Finanzkapital und hin zu empirielastigen Untersuchungen der NS-Alltags „vor Ort“, die den Beginn einer langen und nachhaltigen Phase der Erforschung und der öffentlichen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit unterhalb der Ebene der Reichspolitik markierten. Zugleich aber löste sich die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit hier von den Bindungen an die Geschichtsbilder des orthodoxen Marxismus, die auch in Westdeutschland stark von der DDR-offiziellen Historiographie beeinflusst waren. Nur auf dieser Grundlage konnte die neue Geschichtsbewegung eine offene und nicht theoretisch präformierte Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte beginnen. Nirgends wird dieser Wandel so deutlich wie bei Detlev Peukert, der noch 1975 ein Buch über „Ruhrarbeiter gegen den Faschismus“ geschrieben hatte, ganz im Duktus der SED-Parteilinie, und 1980, nach seiner Lösung von Dimitroff und DKP, eine glänzende Analyse der „KPD im Widerstand“ vorlegte, die Leistungen, Defizite und Widersprüche der deutschen Kommunisten in der NS-Zeit präzise herausarbeitete.

Zur gleichen Zeit war aber auch die neue Bundesregierung bestrebt, das Geschichtsbewusstsein der Westdeutschen zu stärken, jedoch aus anderen Motiven und mit anderen Zielen. Ausgangspunkt war hier die Empfindung, nicht zuletzt bei Kanzler Kohl selbst, dass ein wachsender Teil der westdeutschen Bevölkerung und namentlich der Jüngeren sich mit der deutschen Teilung weitgehend arrangiert habe. Auch würden die deutsche Geschichte auf die NS-Zeit reduziert, die anderen, helleren Jahre der deutschen Geschichte ausgeblendet und die fortdauernde Einheit der Nation ignoriert. Vor allem aber dürfe man die Geschichte der Bundes-

republik nicht ihren Kritikern überlassen. In der Kritik an den personalen und institutionellen Kontinuitäten zwischen NS-Regime und Bundesrepublik, so Kohl, verbanden sich die Absichten der Linken in Westdeutschland mit den Interessen der DDR und verknüpften auf diese Weise die Themen Nationale Einheit und Nationalsozialistische Vergangenheit.

Gegen diese wahrgenommenen Tendenzen inszenierte die Regierung Kohl eine ganze Reihe geschichtspolitischer Initiativen, die darauf zielten, eine neue historische Identität der Deutschen über die NS-Zeit hinweg und mit der Perspektive der deutschen Einheit zu etablieren, welche Selbstbewusstsein und Stolz auf das Erreichte mit der Erinnerung an die – mal gute, mal schlechte –Vergangenheit verband.

Nicht überraschend erwiesen sich die deutschen Massenverbrechen während des Zweiten Weltkriegs als Hindernisse bei diesem Versuch der Etablierung eines neuen Geschichts- und Nationsbewusstseins, und schon die Initiative für eine zentrale Gedenkstätte in Bonn verdeutlichte die Problematik eines solchen Vorgehens. Denn hier sollten nicht zwischen Tätern und Opfern unterschieden, sondern *alle* Zeitgenossen als Opfer von „Krieg und Gewaltherrschaft“ apostrophiert werden – Zivilisten und Soldaten ebenso wie Deutsche und Juden oder die Bewohner der von Deutschland besetzten Länder. Gegen diese Gleichsetzung regte sich Protest, der durch weitere Initiativen Kohls weitere Nahrung erhielt. So wurde die Geschichtspolitik des Kanzlers schon sehr früh als Versuch interpretiert, sich der Last der NS-Vergangenheit entziehen zu wollen.

Im Resultat rückte die Geschichte des NS-Regimes, die in den siebziger Jahren keine bedeutende Rolle in der öffentlichen Diskussion eingenommen hatte, nun in den Mittelpunkt der kulturellen und politischen Debatten in der Bundesrepublik. Schon bei der Ausstrahlung der Fernsehserie „Holocaust“, die im Jahre 1979 hohe, nie erwartete Einschaltzahlen erreicht hatte, war die wachsende Aufmerksamkeit für die NS-Vergangenheit deutlich geworden.

So wurde dem Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985 viel größere mediale Aufmerksamkeit zuteil als dem Jahrestag zehn Jahre zuvor, und in der Auseinandersetzung um die Frage, ob Deutschland 1945 „besiegt oder befreit“ worden sei, entwickelte sich eine merkwürdige Gegenüberstellung, die durchweg nach dem Links-Rechts-Schema verlief. Denn wenn die Linke sagte, 1945 sei eine Befreiung gewesen, so betonte sie damit die Perspektive der Opfer des Nationalsozialismus, in deren Tradition sie sich sah und in die sie die Deutschen insgesamt *post festum*

gewissermaßen hineinzwängte. Wenn hingegen die Konservativen davon sprachen, 1945 sei eine Niederlage gewesen, so betonten sie damit die nationale Kontinuität und verabsolutierten zugleich die Wahrnehmung der Mehrheit der deutschen Zeitgenossen. In gewisser Weise, aber eher ungewollt, bestätigten die Konservativen aber auf diese Weise den Befund der Historiker jener Jahre, wonach Volk und Führung in diesem Krieg doch viel enger bei einander gestanden hätten als auch von der Linken noch betont, die ja wie die DDR-Geschichtsauffassung auf der Dichotomie von Verfolgung und Widerstand basierte.

In dieser Auseinandersetzung hatte die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Kriegsendes 1985 eine ungewöhnliche Bedeutung gewonnen, vor allem weil er darin *aller* Opfer von Krieg und Vernichtungspolitik gedachte und dabei auch jene integrierte, die bis dahin nicht im Kanon der offiziellen Gedenkpolitik aufgeführt waren – Zwangsarbeiter etwa, Kommunisten, Sinti und Roma, Zwangssterilisierte. Das wurde in Teilen, aber doch kleiner werdenden Teilen, der westdeutschen Öffentlichkeit durchaus noch als Provokation empfunden, von einer Mehrheit und nicht zuletzt von den ausländischen Beobachtern aber als geschichtspolitischer Befreiungsschlag gefeiert. Von den Tätern hingegen sprach von Weizsäcker nicht oder nur in sehr generalisierenden Begriffen. Mit den verschiedenen Gruppen der Opfer war eine vorurteilsfreie Beschäftigung nun möglich, mit den NS-Tätern und der dem Regime entgegen gebrachten Zustimmung im Volk hingegen offenkundig noch nicht.

Dieser Widerspruch trat drei Jahre später deutlich zutage, als Bundestagspräsident Philipp Jenninger in seiner Rede zum 9. November 1988 zutreffend davon sprach, „daß 1938 eine große Mehrheit der Deutschen hinter (Hitler) stand, sich mit ihm und seiner Politik identifizierte...Die meisten Deutschen und zwar aus allen Schichten – aus dem Bürgertum wie aus der Arbeiterschaft – dürften 1938 überzeugt gewesen sein, in Hitler den größten Staatsmann unserer Geschichte erblicken zu sollen... Man genoss vielleicht in einzelnen Lebensbereichen weniger individuelle Freiheiten; aber es ging einem persönlich doch besser als zuvor, und das Reich war doch unbezweifelbar wieder groß, ja, größer und mächtiger als je zuvor“. Bereits während dieser Rede verließen einige grüne Abgeordnete den Bundestag unter Protest, und schon am Tag darauf brach in der Öffentlichkeit ein Sturm der Entrüstung los. Jenningers Rede wurde als Verharmlosung und Beleidigung der Opfer kritisiert. In amerikanischen Zeitungen wurde gar von einem „antisemitischen Ausbruch im Bundestag“ geschrieben. Tatsächlich hatte Jenninger nur das ausgesprochen, was in der historischen Forschung dieser Jahre, etwa bei

Hans Mommsen oder Detlev Peukert, herausgestellt wurde: die breite Zustimmung zur NS-Diktatur in der deutschen Bevölkerung. Das aber widersprach beiden Narrativen: der konservativen von der kleinen Verbrechergruppe und den unschuldigen Deutschen und der linken von Verfolgung und Widerstand, die sich hier bei näherem Hinsehen als nahezu identisch herausstellten. Und dass es Jenninger war, der solches aussprach, machte seine Ausführungen doppelt unglaublich, denn wenn ein Konservativer das NS-Regime als Zustimmungsdiktatur beschrieb, so tat er das doch sicher in apologetischer und nicht in kritischer Absicht. Das wurde dann umso deutlicher, als Ignatz Bubis ein Jahr später die kritisierten Passagen aus Rede Jenningers wörtlich übernahm, ohne sie als solche kenntlich zu machen und später erklärte, er habe Jenningers Ausführungen als durchaus zutreffende Beschreibung des Mitläufertums verstanden.

Das Bundeskanzleramt hingegen organisierte den 8. Mai 1985 als symbolische Geste der Aussöhnung zwischen den einstigen Kriegsgegnern. Bereits ein Jahr zuvor, am siebzigsten Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs, hatten Kohl und Mitterrand auf dem Friedhof von Verdun durch den Händedruck über den Gräbern die symbolische Vergangenheitsbemächtigung neu definiert. Darauf beziehend äußerte Kohl nun auch gegenüber den Amerikanern den Wunsch nach einer entsprechenden symbolischen Geste, jedoch in Bezug auf den *Zweiten* Weltkrieg, und schlug als für beide Seiten passenden Ort dazu in Parallele zu Verdun einen Soldatenfriedhof vor, in Bitburg in der Eifel, wo deutsche und amerikanische Gefallene der deutschen „Ardennenoffensive“ vom Dezember 1944 lagen. Als dann aber entdeckt wurde, dass auf diesem Friedhof auch Angehörige der Waffen-SS beerdigt waren und Elie Wiesel, der als Kind die NS-Vernichtungslager überlebt hatte, Reagan und Kohl vorwarf, der gemeinsame Besuch in Bitburg bedeute die „Ehrenrettung der SS“, wurde der Besuch zum geschichtspolitischen Skandal. Allerdings war hier noch allein von der Waffen-SS die Rede, nicht von der Wehrmacht, obwohl zahlreichen amerikanischen Beobachtern diese Differenzierung als allzu fein gesponnen erschien, und als Kohl davon sprach, eine mögliche Absage des Bitburg-Besuches Reagans sei eine „Beleidigung“, welche „die Gefühle unseres Volkes tief verletzen“ würde.

In der Konsequenz aber führte Kohls Versuch, die NS-Zeit durch einen Akt der abschließenden Versöhnungssymbolik zu deaktualisieren, zum geraden Gegenteil, nämlich zu einer verstärkten Aufmerksamkeit, einer neuen Sensibilität gegenüber der nationalsozialistischen Vorgeschichte der Bundesrepublik und insbesondere den personellen Kontinuitäten. Gegen solche Insinuationen hatten sich immer

wieder die Kritik von rechts gerichtet, die nun vor allem über die Angriffe junger amerikanischer Juden empört war. So beschwerte sich etwa Friedrich Karl Fromme, einer der Herausgeber der FAZ, darüber, dass den Deutschen „die sonst leichthin erlaubte Sonderung der Mitmenschen in solche, die man mag, und solche die man nicht mag, gegenüber den Juden untersagt“ sei. Vor allem die jungen Deutschen gäben sich gegenüber den Juden wirklich alle Mühe. Aber man müsse ihnen hierbei doch zubilligen, „dass ihre Geduld begrenzt ist.“¹

Auf diesem politischen Hintergrund entwickelte sich in den Jahren 1986 und 1987 der sogenannte „Historikerstreit“. Er entzündete sich keineswegs, wie heute oft zu hören, an dem angeblichen Singularitätspostulat, sondern an Ernst Noltes These, der Gulag sei „ursprünglicher“ als der Judenmord, insofern bestehe ein „kausaler Nexus“ zwischen beiden. Nolte interpretierte hier den Holocaust als eine Art von putativer Notwehr des europäischen Bürgertums gegenüber dem prognostizierten Willen der Bolschewisten, das europäische Bürgertum zu vernichten. Gegen diese Äußerungen erhob sich, eröffnet von Jürgen Habermas, massive Kritik, die sich bald in einer Vielzahl von öffentlichen Stellungnahmen entlud und in mehrere Einzeldebatten diversifizierte.

In der daraufhin aufflammenden Debatte wurden jedoch nicht wissenschaftliche Positionen öffentlich diskutiert, sondern politische Schlussfolgerungen aus der NS-Zeit in diese zurücktransportiert und aktuell verhandelt. So übernahm der Historikerstreit die Funktion eines Stellvertreterkrieges zwischen den politischen Lagern der Bundesrepublik. Vorrangig ging es dabei um die Frage, ob die NS-Vergangenheit und insbesondere der Judenmord mit dem Laufe der Zeit an Bedeutung für die westdeutsche Gesellschaft verlieren – oder ob daraus so etwas wie eine negative Staatsräson der Bundesrepublik werden würde.

Zugleich aber erwies sich die wissenschaftliche Basis der Debatte als unzureichend. Der Mord an den Juden war zwar Gegenstand zahlreicher Interpretationsschlachten, aber im Mittelpunkt der historischen Forschung hatte er bis dahin nicht gestanden, und die Kenntnisse über Entstehung und Ablauf der nationalsozialistischen Massenverbrechen waren in der Wissenschaft wie in der Öffentlichkeit eher gering. So gewann die Auseinandersetzung mit dem Judenmord die Bedeutung eines nur symbolischen Wertebezugs. Das Geschehen wurde als furchtbar und verbrecherisch verurteilt, ohne dass man darüber viel Genaueres wissen musste.

¹ Friedrich Karl Fromme: „Feingefühl, allerseits“, in: FAZ, 28.2.1986, zit. n. Winkler, Der lange Weg, S. 442.

Auf der anderen Seite hatte der Historikerstreit gezeigt, welche Erregungen die NS-Geschichte in der westdeutschen Öffentlichkeit mittlerweile auslöste, auch wenn man das mit der Situation noch zehn oder zwanzig Jahre zuvor vergleicht. Das ist sicher vor allem als Ausdruck des generationellen Wandels zu verstehen, auch als Ausdruck der zunehmenden Einflusslosigkeit der NS-Generation. Es war aber auch Ausdruck der zivilisatorischen Entwicklung der westdeutschen Gesellschaft, die einen Hinweis wie „es war halt Krieg“ nicht mehr verstand und die Verbrechen, auch die Gewohnheiten der NS-Zeit an den mittlerweile erreichten Standards der Umgangsformen und der Alltagsnormen maß.

So führten geschichtspolitischen Initiativen der Regierung Kohl, der Historikerstreit und das neue Interesse am Alltag im Nationalsozialismus in der Konsequenz zu einer erheblich verstärkten Hinwendung zur empirischen Geschichte der nationalsozialistischen Massenverbrechen, die sich in verstärkter Forschung, öffentlichen Debatten und Ausstellungen niederschlug.

Das war insofern überraschend, als seit dem Herbst 1989 in Teilen der deutschen Öffentlichkeit die Erwartung, wohl auch die Hoffnung, eingekehrt war, dass mit der Wiedervereinigung die NS-Vergangenheit in den Hintergrund rücken und Deutschland, wie nun oft zu hören war, endlich eine „normale“ Nation werden würde. Aber schon bei den Reaktionen der europäischen Nachbarstaaten auf die deutsche Wiedervereinigung dominierte eher die Befürchtung, dass die Deutschen sich nach der staatlichen Einheit nicht nur ihrer Verantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes entledigen, sondern auch ihre kontinentalen Hegemoniebestrebungen wiederentdecken würden.

Tatsächlich aber waren die beiden Jahrzehnte nach 1990 die Phase der intensivsten öffentlichen Debatten über die NS-Vergangenheit in der Nachkriegszeit. Und anders als in den voran gegangenen Jahrzehnten standen nun die großen Massenverbrechen und die Beteiligung der Deutschen daran im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen – eine vergangenheitspolitische Dauerdiskussion, die oft wochen-, ja monatelang die Schlagzeilen beherrschte und zuweilen durchaus manische Züge trug. Waren in der Bundesrepublik im Jahr 1972 ganze sechzehn Bücher über die Geschichte des NS-Staats erschienen und 1981 sechzig, so waren es im Jahre 1997 174 und zwischen 1990 und 2009 im Durchschnitt 142, 2012 hingegen wieder 74.

Schon das Buch David Goldhagens und die Debatte, die es auslöste, übertrafen jedenfalls quantitativ alles, was es bis dahin an öffentlichen Diskussionen über den Nationalsozialismus in Deutschland gegeben hatte. Goldhagens Buch, das in

Deutschland wohl fast 100.000 mal verkauft wurde, wurde von nahezu allen Fachhistorikern, die sich dazu äußerten, in Israel und den USA ebenso wie in Deutschland oder in Großbritannien, als wissenschaftlich unzureichend und simplifizierend kritisiert. Zugleich aber schilderte Goldhagen das Morden selbst in solcher Ausführlichkeit und Genauigkeit, dass gegenüber der suggestiven Wucht des Furchtbaren, das hier beschrieben wurde, Kritik an Goldhagens Schlussfolgerungen nachgerade becmesserisch wirkte. Denn hier wurde der Größe und Monumentalität des Verbrechens eine ebenso monumentale und einfache Erklärung gegenübergestellt: der Holocaust als nationales Projekt der Deutschen, als End- und Entladungspunkt einer jahrhundertlang aufgebauten deutschen Obsession.

Anders als die immer komplizierter werdenden Erklärungsansätze der meisten Historiker bot Goldhagens Erklärung die Möglichkeit der Identifikation mit den Opfern auch für Deutsche, die die Zumutung der gesellschaftlichen Nachfolge auf diese Weise zu umgehen oder zurückzuweisen trachteten. Goldhagens suggerierte gerade den Deutschen der jüngeren Generation zudem die Erfüllung eines verständlichen Wunsches: nämlich durch die Zustimmung zu seinem Buch nicht auf der Seite der Beschämten stehen zu müssen, sondern auf der Seite der Beschämer.

Tatsächlich aber hatte Goldhagen in seinem Buch unter der großen Menge polemischer und spekulativer Ausführungen auch einen zentralen Punkt berührt, nämlich die Frage, welche Bedeutung dem Verhalten der breiten Bevölkerungsschichten bei dem Völkermord an den Juden zukam. Diese Frage trat nun sowohl in der Öffentlichkeit wie bei den Historikern stärker in den Vordergrund, mit der Folge, dass die Bereitschaft der deutschen Öffentlichkeit, den Judenmord nicht als Metapher, sondern als empirisches Geschehen wahrzunehmen, erheblich zunahm. In der Folgezeit wurden etwa die Tagebücher des jüdischen Romanistikprofessors Victor Klemperer über seine Leidenszeit während des Nazi-Regimes ebenso zu einem viel gelesenen und diskutierten Bestseller wie die Autobiografie des bekannten Literaturkritikers, des Juden Marcel Reich-Ranicki.²

Mit dem Rückenwind dieser Debatte setzte sich auch die Initiative zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten europäischen Juden durch, das für jedermann sichtbar den Mord an den europäischen Juden als Ausdruck der Bedeutung, die ihm für Geschichte und Gegenwart der Juden zukam, in die Mitte der Hauptstadt der neuen wiedervereinigten Republik stellte. Nun folgten zahlreiche weitere Debatten um die Massenverbrechen der NS-Zeit – um die Sinti und Roma, die Deserteure, die Täter in den Konzentrationslagern und den Führungsstäben der SS,

² Klemperer, „Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten“; Reich-Ranicki, Mein Leben.

die Zwangsarbeiter und die Frage der Entschädigung. So war es denn naheliegend, dass der Zeitpunkt näher rückte, an dem auch die größte Organisation des NS-Staates in den Mittelpunkt rücken würde: die Wehrmacht.

In den vorangegangenen etwa 20 Jahren hatte eine Reihe neuerer Untersuchungen bestätigt, dass sowohl einzelne Wehrmachteinheiten als auch die Wehrmacht als Gesamtverband an den nationalsozialistischen Massenverbrechen beteiligt war. Allerdings waren diese Studien von einer breiteren Öffentlichkeit überwiegend nicht wahrgenommen worden. Auch die von Reinhard Rürup, Roland Jahn und Anderen konzipierte Ausstellung zum 50. Jahrestag des Angriffs auf die Sowjetunion „Der Krieg gegen die Sowjetunion“ von 1991 hatte über Berlin hinaus kaum Aufmerksamkeit gefunden. Die Vorstellung von der „sauberen“ Wehrmacht, die nur in Einzelfällen an NS-Verbrechen beteiligt gewesen sei, wurde zwar von der Linken kritisiert, aber schon deshalb von den Konservativen unversehrt beibehalten, wobei in diesem Punkt die größte Schnittmenge der Überzeugungen zwischen den Konservativen und den sich politisch gerade in den Republikanern neu formierenden Rechtsextremen bestand.

Die vom Hamburger Institut für Sozialforschung im Frühjahr 1995 eröffnete Ausstellung über die „Verbrechen der Wehrmacht“ fasste im Wesentlichen die Ergebnisse der historischen Forschung der vorausgegangenen Jahre zusammen und dokumentierte dabei die Beteiligung von Wehrmachtseinheiten am Mord an den europäischen Juden, an der sowjetischen Zivilbevölkerung sowie der Verantwortung der Wehrmacht für den Tod von fast drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen. Die Aussagen der Ausstellung waren zwar wissenschaftlich abgesichert, die Ausstellung selbst hatte aber eher plakativen als wissenschaftlichen Charakter und enthielt zahlreiche Fotografien von Hinrichtungen und Massentötungen, wie es sie in dieser Massierung bisher wohl nicht zu sehen gegeben hatte.

Die Ausstellung wurde vier Jahre lang in zahlreichen Städten in Deutschland gezeigt, verzeichnete enorme Besucherzahlen und stieß nach einiger Zeit auf massierte Kritik.³ Es waren zunächst vor allem ehemalige Soldaten, die den Ausstellungsmachern „Missbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken“ vorwarfen. Aber schon bald wurde die Ausstellung zum Gegenstand scharfer politischer Debatten. Im „Bayernkurier“ hieß es, die Ausstellung ziele darauf ab, „Millionen von Deutschen die Ehre abzusprechen“ und einen „moralischen

³ S. Heer u. a. (Hg.), Verbrechen der Wehrmacht; Hartmann/Hürter/Jureit, Verbrechen der Wehrmacht; Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Ausstellung; Prantl, Wehrmachtsverbrechen; Thiele (Hg.), Wehrmachtsausstellung.

Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk“ zu führen. Zugleich kam es in mehreren Städten zu Aufmärschen von soldatischen Traditionsvereinen und Vertriebenenverbänden, die gegen die „Diffamierung des deutschen Soldaten“ protestierten.⁴ Hier war der vergangenheitspolitische Gleichklang der Konservativen und Rechten noch ganz unüberhörbar.

Unübersehbar stand die Wehrmacht symbolisch für die Selbstwahrnehmung der Deutschen insgesamt: Auf tragische Weise verstrickt, aber nicht schuldig – mit wenigen Ausnahmen. Das wurde nun widerlegt oder jedenfalls infrage gestellt. Dabei wurde die Aufmerksamkeit auf die Ausstellung durch die massiven Reaktionen auf der Rechten ja erst befördert – von den Aufmärschen der Neonazis in München bis hin zu dem Bombenanschlag in Saarbrücken. Erst durch diese Proteste von rechts wurde die Debatte um die Ausstellung zu einer offenen vergangenheitspolitischen Feldschlacht.

Dazu hatten aber auch die Ausstellungsmacher beigetragen, so etwa wenn Hannes Heer in einem Vortrag davon sprach, 80 Prozent der deutschen Soldaten seien an solchen Verbrechen beteiligt gewesen - reine Spekulation ohne Beleg und seriöse Grundlage. Solche Überdehnungen führten dann auch bei solchen Menschen zu Irritation und Empörung, die die Ausstellung zumindest interessant gefunden hatten.

Da aber die Kernaussagen der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht breit belegt und kaum ernsthaft in Frage zu stellen waren, richtete sich die Hauptkritik auf die Darstellungsform, die als zu suggestiv und zu undifferenziert kritisiert wurde. Insbesondere sei der Umgang mit den gezeigten Fotografien unprofessionell, viele der ausgestellten Fotografien seien von unsicherer Herkunft und zeigten nicht das in den Bildunterschriften Behauptete.⁵ Tatsächlich hätten die Falschdatierung einiger Fotografien in einer gewissermaßen normalen Ausstellung, selbst über dieses Thema, zweifellos keine derartige Aufregung verursacht. Der anklägerische Gestus der Ausstellung, ihr provokativer Sound, der sie unverwechselbar als Produkt der Post-68er auswies, führte aber dazu, dass diese handwerklichen Fehler zum Beleg für die Verfehltheit der ganzen Ausstellung gemacht werden konnten – Beleg für die Verfehltheit des gesamten Unternehmens und Bestätigung der Überzeugung, Verbrechen der Wehrmacht habe es gar nicht gegeben.

⁴ Proske, Wider den Missbrauch; „Wie Deutsche diffamiert werden“, in: Bayernkurier, 22.2.1997.

⁵ Vgl. Musial, Bilder einer Ausstellung; Ungváry, Echte Bilder.

Daraufhin wurde die Ausstellung im November 1999 geschlossen und von einer Historikerkommission überprüft. Diese rügte den „unbekümmerten Gebrauch fotografischer Quellen“ und die „teilweise zu pauschal und unzulässig verallgemeinernde“ Darstellungsform. Die sachlichen Aussagen aber wurden durchweg bestätigt.

Eine bemerkenswerte Zuspitzung erreichte diese Debatte im Bundestag, der sich am 13. März 1997 mit der Wehrmachtsausstellung und den davon ausgehenden Fragen beschäftigte. Ausgangspunkt der Diskussion war der Beitrag des vormaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU Alfred Dregger, der für die Kriegsteilnehmer sprechend hervorhob: „Bei den Soldaten des Zweiten Weltkrieges und ihren Angehörigen geht es nicht um eine kleine, abgrenzbare Gruppe unseres Volkes, sondern um die gesamte Bevölkerung der damaligen Zeit. Fast alle Männer waren eingezogen. Es geht in dieser Frage also um unser Verhältnis zu einer ganzen Generation unseres Volkes. Wer versucht – diese Versuche gibt es -, die gesamte Kriegsgeneration pauschal als Angehörige und Helfershelfer einer Verbrecherbande abzustempeln, der will Deutschland ins Mark treffen. Dagegen wehren wir uns. Das können wir nicht dulden.“⁶

Nun war es ja in der Tat so, dass dieser von der Wehrmacht begonnene schrecklichste aller bisherigen Kriege, der mehr als 50 Millionen Menschen das Leben gekostet hatte, zwei Drittel von ihnen Zivilpersonen, darunter mehr als zehn Millionen außerhalb von Kampfhandlungen von Deutschen ermordete Juden, Ukrainer, Polen, Weißrussen, Russen, Serben und Angehöriger unzähliger weiterer Nationen und Gruppen – dass dieser Krieg Deutschland ins Mark getroffen, seine Identität, ja seine Existenz, in Frage gestellt hatte. Dreggers Gegenrede aber sprach von einem Normalkrieg, den Deutschland halt verloren hatte, wobei eine Verbrecherclique zweifellos Verbrechen begangen hatte, aber Verbrechen, die mit den deutschen Soldaten und dem deutschen Volk nicht in direkter Beziehung standen. Nicht einmal Helfershelfer jener Verbrecherbande seien sie gewesen – zwei verschiedene Welten, diejenige der Verbrecher auf der einen und die der deutschen Soldaten und des deutschen Volks auf der anderen Seite.

Vor allem aber ging es um Verbrechen, von denen man während des Krieges folglich nichts gehört hatte, Verbrechen, die einer anderen Erinnerung entstammten – der Erinnerung der Sieger. Damit war gewissermaßen die Vor-Jenningersche Position wiedereingenommen worden, die von einer klaren Dichotomie zwischen Volk

⁶ Alfred Dregger (CDU), in: Deutscher Bundestag, 13. WP, Plenarprotokoll, 13.3.1997, S. 14710 f.; Ausl. nicht gekennzeichnet.

und Führung ausging und die in der Zuspitzung der rechtsradikalen Gegendemonstrationen in der Parole „Unsere Väter waren Helden“ ihren Ausdruck fand.

Gegen diese Trennung der Sphären zwischen Verbrechern auf der einen, Volk und Soldaten auf der anderen Seite wandte sich im Bundestag Otto Schily in seiner Replik, als er die Perspektive umkehrte. Sein Onkel, sein Bruder, sein Vater, allesamt Nicht-Nazis, die nie direkt an NS-Verbrechen beteiligt gewesen seien, seien dennoch Angehörige oder Anhänger der deutschen Wehrmacht gewesen, „einer Armee, in deren Rücken sich die Gaskammern befanden, die einen Ausrottungs- und Vernichtungskrieg führte, die die Massenmorde der berüchtigten Einsatztruppen unterstützte oder diese jedenfalls gewähren ließ“. Nur sein Schwiegervater, der als jüdischer Partisan gegen diese Armee gekämpft hatte, hatte, indem er gegen die Wehrmacht kämpfte, für eine gerechte Sache gekämpft.

Diese Umkehrung stellte die Sache vom Kopf auf die Füße und machte Dreggers Trennung der Sphären obsolet. Selbst wer kein Nazi war, ja selbst als deutscher Nazigegner in der Wehrmacht kämpfen musste, war doch Helfershelfer jener Verbrecherbande gewesen, von der Dregger sprach, und aus der Perspektive des jüdischen Partisanen, dessen ganze Familie umgebracht worden war, wurde das unmittelbar einsichtig.

Das aber ging weit über die Kritik an den Verdrängungs- und Beschönigungsleistungen Dreggers hinaus und bezog sich nicht nur auf Kriegsteilnehmer oder Konservative, sondern auf die Deutschen insgesamt – und auch auf die Linke, in Westdeutschland wie in der DDR, die aufgrund der Tatsache, dass sie sich mit den Nazigegnern von einst identifizierte, die Erbschaft dieser Zeit verweigerten und sich nicht in die biografisch erzwungene Nachfolge der NS-Zeit einschreiben wollte.

Insofern war die Aufregung, die die Wehrmachtsausstellung in Deutschland hervorrief, ja durchaus verständlich. 1933 hatte etwa die Hälfte der Deutschen nicht für die NSDAP gestimmt, und das bedeutete in den Umständen der Zeit: gegen sie. Wenn wir berücksichtigen, dass ein Teil derer, die zunächst gegen die Nazis standen, bis 1939 angesichts der wirtschaftlichen und außenpolitischen Erfolge Hitlers ihre Haltung änderten und dass bis 1945 etwa zehn weitere Jahrgänge als Soldaten einrückten, dann können wir davon ausgehen, dass aber doch gewiss ein Drittel der Soldaten der Wehrmacht, vermutlich eher mehr, mit Hitler und mit diesem Krieg nicht einverstanden waren. Aber auch sie waren, gegen ihren Willen oder unabhängig davon, Helfershelfer jener Verbrecherbande, und selbst wenn sie von sich zu Recht sagen könnten, dass sie individuell „sauber geblieben“ waren –

so gehörten sie doch der Armee an, in deren Rücken sich die Gaskammern befanden, die einen Ausrottungs- und Vernichtungskrieg führte, die die Massenmorde der berüchtigten Einsatztruppen unterstützte oder diese jedenfalls gewähren ließ.

Damit aber hatte die Debatte um die NS-Vergangenheit der Deutschen ihre maximale Breite erreicht, und wer fortan in der Öffentlichkeit postulierte, die Wehrmacht sei nicht an den NS-Massenverbrechen beteiligt gewesen, befand sich kommunikativ in der Minderheit (nicht notwendig auch quantitativ). Die kulturelle Hegemonie über die Interpretation der NS-Zeit hatte gewechselt, und auch der vergangenheitspolitische Gleichklang von Konservativen und Rechten begann sich aufzulösen. Schaut man sich die Position der im Bundestag vertretenen Parteien an, so ist es heute nur noch die AfD, die öffentlich die Position Dreggers vertritt. Das ist eine bemerkenswerte Entwicklung innerhalb von nicht mehr als 25 Jahren, und zweifellos sind mit diesem Hegemoniewandel neue Probleme entstanden, die derzeit unter Stichworten wie kolonialer Kontext und deutscher Katechismus debattiert werden.

Mit den Debatten um die Wehrmachtsausstellung hatte die deutsche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus einen Höhepunkt, in gewisser Weise aber auch ihren Endpunkt erreicht. Zwar wurde weiter öffentlich über diese Zeit gestritten, und immer erneute Personalskandale kamen ans Licht. Das Ausmaß der personellen Kontinuität vom „Dritten Reich“ zur Bundesrepublik wurde nun auch einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Aber selbst als später die bis dahin noch geheim gehaltene Durchsetzung der westdeutschen Geheimdienste mit hunderten von schwerstbelasteten einstigen Funktionsträgern von SD und SS ans Licht kam, als durchsickerte, wie westdeutsche Behörden Massenmörder wie Eichmann oder Mengele vor der Verfolgung geschützt hatten, führte das nicht mehr zu größeren Eruptionen. Man hielt nun alles für möglich und sogar für wahrscheinlich, sodass nun unter Beweiszwang stand, wer daran zweifelte. Da es keine Tabus mehr zu brechen, keine bis dahin verdeckte Geheimnisse mehr zu lüften gab, fiel die Beschäftigung damit in die Bibliotheken und Hörsäle zurück – weiterhin ein wichtiges, ja zentrales Thema, aber eben eines der Geschichte.